

BERICHT:  
LINA PAULITSCH

Der Postenschacher gehört zu Österreich wie die Blasmusik zum Stadtplatz. Wer die richtigen Leute kennt, bekommt alles, was er will – auch mit üblem Leumund. Davon erzählt eine Geschichte aus einem niederösterreichischen Speckgürteldorf.

Dort hätte demnächst ein neuer Direktor die örtliche Musikschule führen sollen. Der Konjunktiv stimmt in diesem Fall. Denn nach einer Anfrage des *Falter* verabschiedete sich die Gemeinde plötzlich von ihrem Vorhaben. Aber von Anfang an.

Weil die jetzige Musikschuldirektorin die Schule verlässt, suchten die zuständigen Bürgermeister nach einer neuen Leitung. Und sie wurden fündig, ganz ohne Ausschreibung. Ab Oktober sollte ein Mann, den wir hier X nennen, die Schule übernehmen. Pikant daran: Sein Bruder ist SPÖ-Bürgermeister in jener Gemeinde, die die Schule erhält und finanziert. Der Bruder wäre also im Vorstand sein Vorgesetzter.

Neben dieser familiären Verbindung empört ein zweiter Umstand. X wurde vor anderthalb Jahren als Musikschuldirektor in einer kleinen Stadt in Niederösterreich abgesetzt. Er soll Mädchen, Lehrerinnen und Mütter sexuell belästigt haben. „Dass so jemand einfach zwei Dörfer weiter fährt und die paar Jahre bis zur Pension weitermacht, als wäre nichts gewesen, ist meines Erachtens all jenen ein Schlag ins Gesicht, die davon betroffen waren“, sagt eine Lehrerin.

Der Direktor war einer von zwei Fällen, die vergangenes Jahr das Musikschulwesen in die Schlagzeilen brachten. Und Verfilzungen mit der Politik offenbarten. Anders als in anderen Bundesländern sind in Niederösterreich die Bürgermeister für die Musikschulen zuständig, sie sind Obmänner der Schulen. Beim *Falter* meldeten sich Dutzende Lehrer von zehn verschiedenen Schulen, deren Beschwerden im Sand verlaufen waren. Der Grund: Schulleitung und Gemeinde waren eng verbandelt.

Losgetreten hatte die Berichterstattung ein Artikel über einen anderen Direktor im Weinviertel, der mittlerweile wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt wurde. Das Land schuf daraufhin eine Ombudsstelle für Beschwerden. Auch gegen X sagten mehr als 20 Personen aus – zum zweiten Mal. Bereits im Jahr 2018 hatte eine Gruppe von Eltern und Lehrern wegen sexueller Belästigung bei der Gleichbehandlungsbeauftragten vorgesprochen.

Die wandte sich sogar an Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP). Mit Vorwürfen gegen X wie: „Direktor zieht Lehrerin bei Verabschiedung in seine Arme und küsst sie auf den Mund. Sie befreit sich und schiebt ihn weg. Ich war sehr schockiert und habe mich wahnsinnig geekelt.“ Die Gleichbehandlungsbeauftragte erklärt: „Die aufgezeigten Verhaltensweisen haben beinahe alle einen mehr oder minder starken sexuellen Bezug“, sie seien „diskriminierend im gesetzlichen Sinn“. Mikl-Leitner reagiert auf das Schreiben damals nicht.

# Unter Brüdern

Ein Direktor einer Musikschule in Niederösterreich musste wegen Vorwürfen sexueller Belästigung gehen. Jetzt wäre er fast als Schulleiter zurückgekehrt, in der Gemeinde ist sein eigener Bruder der Bürgermeister



Ein Auswahlverfahren wurde nicht abgehalten, da für diese lediglich kurzfristige Tätigkeit kein kompetenter Ansprechpartner zu finden ist

ANTWORT AUS DEM  
BÜRO DES BÜRGERMEISTERS

ILLUSTRATION: SCHÖRSCH FEIERFEIL

„Wir sind völlig machtlos. Es gibt niemanden, an den wir uns noch wenden können“, sagte eine Lehrerin fünf Jahre später zum *Falter*. Auch Stadträte und Bildungsdirektion wussten Bescheid. Knapp vor der Landtagswahl, im Jänner 2023, wurde das Kontrollversagen zur Priorität. Im medialen Scheinwerferlicht kündigte die Gemeinde den Musikschuldirektor X. Dieser vermutete hinter den Vorwürfen eine Intrige von Missgünstigen.

Als der *Falter* von Xs Rückkehr ins Schulsystem erfuhr, schrieb er ans Büro des Bürgermeisters, also seines Bruders. Dort bestätigte man die Besetzung als beschlossene Sache. „Ein Auswahlverfahren wurde nicht abgehalten, da für diese lediglich kurzfristige Tätigkeit kein kompetenter Ansprechpartner zu finden ist.“ Die Leitung sei interimistisch, da die Schule eventuell mit einer anderen fusioniert werde. Wann und ob das passiere, sei unklar. Interimistisch – aber mit Open End.

Zuständige Behörde ist die Bildungsdirektion. Sie prüft, ob ein Schulleiter fürs Amt geeignet ist. Auf Anfrage des *Falter* wusste man dort von nichts. Auch das Musik und Kunstschulen Management (MKM) in Niederösterreich meldete sich rasch zurück: Für einen Leitungswechsel brauche es immer ein Hearing. Zudem sei soeben eine Beschwerde bei der Ombudsstelle eingegangen, man habe den Obmann bereits kontaktiert.

Nur wenige Stunden später ruderte die Gemeinde zurück. Sie schrieb dem *Falter* per Mail, X werde nun doch nicht bestellt. Noch am selben Abend erschien in der niederösterreichischen Zeitung *NÖN* ein Artikel, in dem nur vom Abgang der alten Direktorin die Rede ist. Kein Wort über X, aber der Musikschulobmann Günther Holzer erklärt, es werde „fix eine normale Ausschreibung mit entsprechenden Hearings geben“.

Holzer rief später auch beim *Falter* an und erklärte, er habe erst durch die Medienanfrage von früheren Vorwürfen erfahren. Die Besetzung wäre aber ohnehin rechtlich gar nicht möglich gewesen. X selbst antwortete auf eine Anfrage des *Falter* nicht.

An der Musikschule, an der er früher arbeitete, sei Frieden eingekehrt, erzählen die Lehrer heute, mit der neuen Leitung gebe es keine Probleme. Seit dem medialen Wirbel vor anderthalb Jahren hat sich vieles getan. Ein neues Dienstrecht gibt es etwa und neue Förderbestimmungen. Zwar sei es zu begrüßen, dass das Land in die Gänge komme, sagt eine Lehrerin. Aber immer noch walten die Bürgermeister wie Könige. Etwa indem Vordienstzeiten neuer Lehrer angerechnet werden können, aber nicht müssen. Oder indem vage Indikatoren wie „regionale Besonderheiten“ über die Höhe der Förderung von Schulen entscheiden.

Immerhin hat jetzt, im September 2024, die Kontrolle der Institutionen funktioniert. Die Schulagenden wird einstweilen die aktuelle Direktorin fortführen. So lange, bis das reguläre Auswahlverfahren stattgefunden hat. So soll es sein.